



Öffentliche Abfalleimer werden mit Hausmüll gefüllt.

Bild: iStock



Die Gemeinde Triesenberg kämpft gegen Gartenabfälle im Wald.

Bild: Daniel Schwendener

«Märkliklauer» und Windelentsorger

Illegal Liechtenstein scheint einige Abfallsünder zu haben, die ihren eigenen Müll in öffentlichen Eimern oder sogar privaten Containern entsorgen. Das Problem ist sowohl bei Gemeinden, Privatpersonen als auch Migros-Filialen bekannt.

Magdalena Hilbe
mhilbe@medienhaus.li

Zerdrückte Cola-Dosen, leere Pet-Flaschen und Hausmüll. In einem öffentlichen Abfalleimer ist so allerhand zu finden, wenn genauer hingeschaut wird. Denn es gibt Personen, die sich nicht scheuen, ihren eigenen Müll mitzunehmen und irgendwo in der Gemeinde zu deponieren. Das kann durchaus auch am Waldrand sein. Die Gebühren werden somit auf die Gemeinde, oder teilweise sogar auf die Nachbarn oder andere Mitbürger geschoben. Zur Anzeige kommt es aber nur selten, da es schwierig ist, illegale Abfallentsorgung nachzuweisen.

«Märkliklauer» auf frischer Tat ertappen

Die Gemeinde Schaan kämpft derzeit mit vollen Abfalleimern: «Es werden wieder vermehrt übervolle, öffentliche Abfalleimer beanstandet. Es wurde festgestellt, dass es sich hier teilweise um illegale Abfallentsorgung von Hausmüll und Ähnlichem handelt», schreiben der Schaaner Werkhof und die Gemeindepoli-

zei in einem Aushang. Der Müll wird aber nicht nur in öffentlichen Abfalleimern, sondern auch am Waldrand oder am Rhein entsorgt, wie der Schaaner Gemeindevorsteher Daniel Hilti erzählt. Sogar eine komplette Küche wurde beim jährlichen Umweltputz gefunden. Da sich die Situation in den vergangenen Monaten verschärft hat, zieht die Gemeinde Konsequenzen: Wer seinen Abfall illegal entsorgt und dabei erwischt wird, bekommt eine Ermahnung. Beim zweiten Mal kommt es zu einer Anzeige.

Aber nicht nur Schaan, sondern auch andere Gemeinden in Liechtenstein kennen die Problematik. «Bei uns ist es ein ständiges Auf und Ab», sagt der Eschner Gemeindevorsteher Günther Kranz. Seit rund drei Monaten habe sich die Situation wieder beruhigt. Zuvor fanden die Gemeindegänger aber häufig Möbel und Abfallsäcke am Waldrand und im Riet. «Im vergangenen Jahr haben wir rund drei bis vier Anzeigen erstattet», erklärt Kranz. Diese waren jedoch erfolglos, da die Abfallentsorger nicht ausfindig gemacht werden konnten. Um

gegen das Problem vorzugehen, hat die Gemeinde die Bevölkerung immer wieder auf die Abfallproblematik aufmerksam gemacht. Das hat Früchte getragen – in diesem Jahr wurde noch keine Anzeige erstattet.

Der Gemeinde Eschen sind nicht nur die illegalen Abfallentsorger, sondern auch sogenannte «Märkliklauer» bekannt. Personen, die von anderen Abfallsäckchen die bezahlten Marken abnehmen und auf den eigenen Abfallsack kleben. Gerade bei Wohnüberbauungen sei das ab und zu ein Problem, erklärt Kranz. Da bleibt wohl nichts übrig, als sich auf die Lauer zu legen und den Täter auf frischer Tat zu ertappen.

Gartenabfälle im Wald entsorgt

Die Gemeinde Triesenberg hatte vor einiger Zeit in Malbun und Steg mit Abfallsündern zu tun. Doch mit Hilfe von Schildern habe sich die Situation wieder beruhigt, wie Vorsteher Christoph Beck bestätigt. Ein Problem sei aber der Gartenabfall. Dieser werde von einigen Personen im Wald entsorgt, obwohl Triesenberg einen

Zwischendeponieplatz am Wangerbeg für Grünabfälle, Aushubmaterial und Bauschutt hat. «Im Waldgesetz gibt es einen Artikel der besagt, dass Ablagerungen jeglicher Art im Wald verboten sind», erklärt Patrick Insinna vom Amt für Umwelt. Der Grund dahinter sei, dass Personen nicht nur Gartenabfälle, sondern alles andere Mögliche ebenfalls im Wald deponieren. Aber auch das Thema Neophyten ist laut Insinna ein Problem, wenn Gartenabfälle im Wald entsorgt werden. Denn in den Gärten gibt es fremde Pflanzenarten, die in der freien Natur in Liechtenstein nicht heimisch sind. «Eine Verbreitung dieser im Wald ist kontraproduktiv.»

Stichproben, um gegen Abfallsünder vorzugehen

Neben den Gemeinden trifft es auch immer wieder Privatpersonen, die zu Opfern werden. Häufig, ohne dass sie es wissen. Ein Schaaner Bürger, der anonym bleiben möchte, lebt in einem Mehrfamilienhaus, indem die Mieter jährlich für die Abfallentsorgung bezahlen. Somit müssen sie keine Marken auf ihren Ab-

fallsack kleben, sondern können ihn direkt in eine grosse Tonne vor dem Haus werfen. «Ich beobachte immer wieder, wie Autos zum Haus fahren, Personen aussteigen und ihren Müll aus dem Auto direkt in unsere Mülltonne werfen», beschreibt er.

Auch der Roxy Markt in Balzers kennt die illegalen Entsorger. «Bei uns wird alles entsorgt», erklärt Filialleiter Willi

Maier. Sowohl im Altkleidercontainer als auch bei der Pet-Rückgabestelle werde alles hineingeworfen. «Ich habe sogar schon einmal Felgenabdeckungen gefunden», erzählt Maier. Aber auch die Abfalleimer vor dem Roxy Markt werden mit Hausmüll gefüllt, den einige von Zuhause mitbringen. «Um dagegen vorzugehen, machen wir vermehrt Stichproben und suchen nach Adressen oder Namen im Müll», sagt der Filialleiter.

Beim REC in Ruggell scheint das Problem nicht so gross zu sein, wie Filialleiter Giuliano Cavalcante sagt. «Der Klassiker ist bei uns, dass gebrauchte Windeln in den Abfalleimern vor der Filiale entsorgt werden.» Ansonsten sei es zwar schon vorgekommen, dass illegal Abfall entsorgt wurde, dies sei aber immer noch relativ selten. Das Abfallproblem scheint in Liechtenstein wohl grösser zu sein, als sich viele denken. Und das, obwohl wöchentlich – in Vaduz sogar zwei Mal wöchentlich – Müll vor der Haustür abgeholt wird und es in jeder Gemeinde Deponien gibt, in der alles getrennt entsorgt werden kann.

«Der Klassiker ist, dass gebrauchte Windeln bei uns entsorgt werden.»

Giuliano Cavalcante
Filialleiter REC Ruggell

Ärzte haben Angst vor Vertrauensverlust

Gefahrenvorsorge Die Regierung hat den Bericht und Antrag zur Einführung eines Bedrohungsmanagements verabschiedet. Ärzte, Psychologen und Datenschutzstelle äusserten sich kritisch zur Vorlage.

Das Tötungsdelikt vom 7. April 2014 hat in Liechtenstein seine Spuren hinterlassen. Deshalb hat die Regierung in verschiedenen Bereichen Massnahmen zur Verbesserung der öffentlichen Sicherheit geprüft. «Ein wesentliches Thema war der künftige Umgang mit Personen, die durch bedrohliches Verhalten gegenüber Behörden, einzelnen Berufsgruppen oder auch exponierten Privatpersonen auffallen», schreibt das Ministerium für Inneres, Justiz und Wirtschaft in einer Mitteilung. Dabei wurde festgestellt, dass es in Liechtenstein an einer zentralen Anlaufstelle für bedrohte und gefährdete Personen oder Institutionen und somit an einer koordinierten Fallbearbeitung fehlt. Aus diesem Grund hat die Regierung im Juli eine Vorlage in die Vernehmlassung geschickt, welche die Einführung eines Bedrohungsmanagements nach Vorbild des Kantons Solothurn

vorsieht. Unter anderem soll eine Fachstelle bei der Landespolizei geschaffen werden, welche Informationen zusammenträgt und die Massnahmen koordiniert. Das Bedrohungsmanagement basiert auf der Zusammenarbeit verschiedener Institutionen, die in der Fachstelle miteinander vernetzt werden. Ein weiterer zentraler Bestandteil der Vorlage ist die Einführung eines Melderechts für Behörden und Gerichte sowie bestimmte Berufsgruppen des Gesundheitswesens. Dieser Punkt hat während der Vernehmlassung für kritische Stellungnahmen gesorgt.

Melderecht wird hinterfragt

Insgesamt sind bei der Regierung 25 Stellungnahmen von verschiedenen Institutionen, Gemeinden und Ämtern eingegangen. Überwiegend wird die Vorlage befürwortet. Kritische Stimmengabes



Ärzte legen Wert auf Schweigepflicht.

Bild: iStock

von der Ärztekammer, dem Berufsverband der Psychologinnen und Psychologen Liechtensteins (BPL) sowie der Datenschutzstelle. Das Melderecht betrifft auch Ärzte. Das heisst, sie könnten künftig vom Recht Gebrauch machen, eine Meldung zu erstatten, wenn sie das Gefühl haben, dass von ihrem Patienten eine Bedrohung ausgeht, ohne dabei die ärztliche Schweigepflicht zu verlet-

zen. Von Seiten der Ärzte wird aber befürchtet, dass durch dieses Melderecht das Vertrauen der Patienten verloren gehen kann und diese sich gegenüber dem Arzt nicht mehr öffnen werden. Die geplante Aufweichung der Schweigepflicht sollte laut der Ärztekammer ersatzlos gestrichen werden. Auch wenn es nur eine «Kann-Bestimmung» sei, werde diese eine abschreckende

Wirkung entfalten und dazu führen, dass sich Patienten sehr gut überlegen würden, was sie dem Arzt oder Psychotherapeuten anvertrauen. Der BPL schlägt in seiner Stellungnahme vor, zu prüfen, ob nicht eine Bestimmung eingeführt werden sollte, wonach die Amtsärztin mit dem Recht ausgestattet werde, Ärzte oder Psychologen von ihrer Schweigepflicht zu entbinden.

Im Bericht und Antrag weist die Regierung darauf hin, dass es sich um ein Recht und keine Pflicht handelt und die ärztliche Schweigepflicht somit auch nicht aufgehoben wird. Sie ist überzeugt, dass die effiziente Verhütung von Straftaten optimiert werden kann, wenn Gefährdungsmeldungen auch von Ärzten an die Polizei erstattet werden dürfen, ohne dass diese sich dadurch dem Risiko der Strafverfolgung aussetzen. Auch sieht die Regierung den Vorschlag des BPL, wo-

nach die Amtsärztin die ärztliche Schweigepflicht aufheben kann, nicht zielführend. «In den vom Bedrohungsmanagement erfassten Szenario ist oftmals ein rasches Handeln geboten», schreibt sie im Bericht und Antrag. Dieser wird voraussichtlich im November landtag behandelt.

Manuela Schädler
mschaedler@medienhaus.li

2017 ERÖFFNEN WIR
UNSERE KLINIK.

LERNEN SIE UNS SCHON
HEUTE KENNEN!

www.medicnova.com

MEDICNOVA
PRIVATKLINIK LIECHTENSTEIN